

Einkommensrunde 2010

Wer Steuern senken will, kann auch Gehälter erhöhen!

Nach dem erfolglosen Auftakt der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst haben dbb und BDZ die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber scharf kritisiert. Es sei nicht hinnehmbar, dass Bundesinnenminister Thomas de Maizière ohne eigenes Angebot in die Verhandlungen gegangen sei, obwohl ein altes Forderungspakt seit dem 15. Dezember 2009 bekannt ist, erklärte BDZ-Chef Klaus H. Leprich. Auch die Ankündigung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, den geplanten radikalen Sparkurs auf die Einkommensrunde zu übertragen, stieß auf Unverständnis.

Am 13. Januar 2010 waren die Tarifverhandlungen in Potsdam ergebnislos vertagt worden. Der dbb-Verhandlungsführer und 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr, äußerte sich anschließend enttäuscht über den Verhandlungsverlauf. Inhaltlich zeichne sich keinerlei Annäherung ab, so Stöhr. Das Forderungspaket der dbb tarifunion umfasst eine spürbare lineare Anhebung der Einkommen sowie strukturelle Elemente, darunter verbesserte Einkommens- und Übernahmbedingungen für Auszubildende, Bewährungsaufstiege und tarifliche Altersteilzeitregelungen, in einem Gesamtvolumen von fünf Prozent.

BDZ-Chef Leprich kritisierte in diesem Zusammenhang die Ankündigung von Bundesfinanzminister Schäuble gegenüber seinen Ressortkollegen im Bundeskabinett, im Fall von Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die dadurch entstehenden Mehrkosten durch Kürzungen an anderer Stelle zu finanzieren. Mit dieser Taktik werde ein konstruktiver Verhandlungsverlauf von vornherein unmöglich gemacht, so Leprich. Wenn die Bundesregierung erwäge, Steuern zu senken, um die Konjunktur anzukurbeln, müsse sie auch bereit und in der Lage sein, zur Stärkung der Kaufkraft angemessene Lohn- und Gehaltsanpassungen zu verhandeln.

Die Übertragung der linearen Gehaltserhöhung auf den Beamten- und Versorgungsbereich sollte bei ständiger Betonung des Gleichklangs zwischen dem Tarif- und Beamtenbereich eine Selbstverständlichkeit sein. Darüber hinaus kann auf strukturelle Weiterentwicklungen nicht verzichtet werden. Für die Beamtinnen und Beamten gehe es darüber hinaus um die Anpassung der Wochenarbeitszeit an den TVöD.

Eine erste Protestveranstaltung mit BDZ-Beteiligung findet am 31. Januar 2010 in Potsdam statt. Nähere Informationen hierzu können Sie einer Sonderausgabe des BDZ aktuell entnehmen und im Internet unter www.bdz.dbb.de nachlesen.

Berlin, 15. Januar 2010

2